

An der Spitze im Westen



CDU

KREIS HEINSBERG

28. JAHRGANG - 296. AUSGABE
Februar 2021 Nr. 2

UNION HS

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Armin Laschet jetzt an unserer Spitze



Foto: CDU/Laurence Chaperon

Weitere Themen:

- Instagram ist nicht schwer
- Polizei in Taser-Testphase
- Solide Kreisfinanzen
- Spürbare Steuerentlastungen

NEUE RUBRIK
„Leser fragen,
Politiker
antworten“
Seite 9

INHALT

- 2 Editorial
 - Infos aus der Kreisgeschäftsstelle
- 3 Von Pustekuchen und Fettnäpfchen: Instagram ist gar nicht so schwer!
 - Bahnhöfe werden mit Anti-Corona-Lack gesichert
- 4 Bundesparteitag lief technisch super, persönlicher Kontakt fehlte aber allen!
- 5 Wir möchten weitere Verbesserungen für die Menschen im Abbaugbiet!
- 6-7 Kein Versagen bei der Impfstoffbeschaffung!!
- 8 Bericht von Sabine Verheyen
- 9 NEUE UNION HS-RUBRIK „Leser fragen, Politiker antworten“
 - Wie ich übers Ehrenamt zur CDU gekommen bin
- 10-11 Interview mit Dr. Hanno Kehren zum Thema Impfungen
- 12 Unsere Abgeordneten informierten sich über Impfungen in Seniorenheimen
- 13 SOLIDE KREISFINANZEN Die kommunale Familie im Kreis Heinsberg hält auch in der aktuellen Krise zusammen
- 14 Taser testweise im Einsatz Steuerentlastungen werden deutlich spürbar
- 15 100 Jahre Schwerbehindertenvertretung: Digitaler Festakt mit Prominenz und Experten
 - Bund fördert digitales Ehrenamt beim DRK
- 16 Freude bei Spendern und Beschenkten
 - Termine 2021

EDITORIAL



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ich schreibe Ihnen diese Zeilen am **16. Januar während des Bundesparteitags und nach der Wahl des Bundesvorsitzenden. Wir informieren Sie in dieser Union HS in einem gesonderten Artikel über den Parteitag.**

Mit dem ersten digitalen Bundesparteitag hat die CDU eine große Herausforderung gemeistert. Für uns, in den Orts-, Gemeinde- und Stadtverbänden und auch für die Kreispartei, gibt es noch zahlreiche Herausforderungen durch die Gremienwahlen, die wir durchführen müssen. Darüber hinaus haben wir die Bewerber für die Bundestagswahl im September 2021 und die Landtagswahl im Mai 2022 zu nominieren. Im vierten Quartal steht dann noch die Neuwahl des Kreisvorstands an.

Aufgrund der Corona bedingten Beschränkungen sind Telefon- und Videokonferenzen gewohnte Mittel zur Kommunikation und die Durchführung von Gremiensitzungen gewor-

den. Für politische Veranstaltungen werden wir in den nächsten Wochen weitere Formate testen, um in der politischen Sacharbeit wieder mehr tätig werden zu können.

Und auch für die Durchführung von Wahlveranstaltungen haben wir Ideen, die wir derzeit rechtlich prüfen lassen.

Ich bitte Sie herzlich, uns Ideen für Veranstaltungen oder Erwartungen an die Arbeit des Kreisverbandes mitzuteilen, gerne per E-Mail oder telefonisch.

Um Ihnen auch im persönlichen Telefonat zur Verfügung zu stehen, bin ich am Samstag, dem 6. Februar, ab 11.00 Uhr für Sie auf der Kreisgeschäftsstelle unter 02452 91990 zu erreichen.

Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit.

Ihr
Bernd Krüchel

Infos aus der Kreisgeschäftsstelle:

Aufgrund der besonderen Situation (Corona/Covid 19) ist die CDU-Kreisgeschäftsstelle für Publikumsverkehr bis auf Weiteres geschlossen.

Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

In der Zeit vom 11.02. – einschl. 16.02.2021 sind wir nicht zu erreichen. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Bleiben Sie gesund!

Monika Schmitz · Ulrike Heuter · Dunja Temari

Redaktionsschluss März-Ausgabe 17.02.2021

Von Pustekuchen und Fettnäpfchen: Instagram ist gar nicht so schwer!

Als meine Kandidatur für den Listenplatz des Kreistags sicher war, hab ich mich gefragt, wie man den Leuten seine politischen Entscheidungen näherbringen kann. Denn ich denke, dass der Unmut einiger oft ein Informationsmangel ist.

Die Entscheidungen sind klar, nur warum und wie oder unter welchen Aspekten wurden die Entscheidungen getroffen?!

Um das nachzuvollziehen, muss man sich schon ganz genau mit der Person befassen. Besser und natürlich viel einfacher ist es, wenn man es auf dem Servierteller präsentiert bekommt. Und das hab ich mir vorgenommen! Als ich mir damit sicher war, hab ich mich zunächst (wieder) bei Facebook angemeldet. Ich dachte, ich bin hier ganz sicher, weil: Das habe ich ja schon mal gemacht! Pustekuchen! Alles neu, alles anders.

Ich fing von vorne an und trat direkt mal in ein paar Fettnäpfchen! Nachdem ich daraus gelernt hatte, wusste ich, was ich schreiben kann und was nicht. Naja, das auch nicht immer, aber Hauptsache man steht dazu! Nachdem ich mich hier ein paar Monate ganz gut geschlagen hatte, fing ich im Oktober an mich mit Instagram zu beschäftigen. Ich hatte mich schon länger davor gedrückt... Aber als ich dann einmal drin und dran war, war es

einfach!

Es gibt eine App zum Designen. Keine Angst, hier gibt es Vorlagen! Eine App für die Hashtags, die wichtig für die Reichweite sind. Und den Text musste



Einfach mal Instagram versuchen – ist gar nicht schwer!

Foto: Pixabay

ich mir nur noch ausdenken. Jetzt startete ich mit drei Posts täglich; ab und zu auch mal eine Story. Ich kann euch sagen, dass ich da oft sehr ins Schwitzen gekommen bin. Aber was macht man nicht für die Partei und unsere Reichweite! Als ich mich erstmal mehr damit

beschäftigt hatte, gefiel es mir immer mehr! Vor allem der unkomplizierte Schreibstil: Einfach schreiben, wie man spricht! Die Leute, die einen kennen, wissen dann: Jap, dat isse! Und die, die einen nicht kennen, haben direkt das Gefühl dein Kumpel zu sein. Nicht zu komplizierte Worte! Immer einfach „quatschen“. Hört sich erst mal leicht an, aber als gelernte Berichtverfasserin im Landesdienst lernt man, jegliche Gefühle im Schreibstil abzutöten! Nach vier Wochen ist die Reichweitenarbeit beendet worden. Und schon habe ich die Posts zunächst auf zwei, dann aber schnell auf einen Post am Tag runtergesetzt. An manchen Tagen, an denen ich viel zu erzählen habe, mach ich dann auch mal einen zweiten oder dritten Post, oder eine Story. An anderen Tagen gibt's auch mal nichts von mir.

Warum erzähle ich Euch das? Falls Ihr es auch wichtig findet die Leute zu informieren, meldet Euch an und startet Euren Weg! Ihr schafft das! Und je mehr Leute mitmachen, liken und speichern, desto mehr Artikel können wir einfach teilen.

Weniger Arbeit für alle! Und wir sind immer für die Wählerschaft sichtbar! Probiert es doch mal! Ich freue mich über Eure Likes!

Viele Grüße

Eure Stephanie Jabusch-Pergens

Bahnhöfe werden mit Anti-Corona-Lack gesichert

Die NRW-Koalition verfolgt Seite an Seite mit der Landesregierung das Ziel, den öffentlichen Nahverkehr besser und sicherer zu machen. Und das gilt insbesondere in der aktuellen Coronakrise.

Dazu gehen wir neue und ungewohnte Wege: In den kommenden Wochen werden im ganzen Land Bahnhöfe mit einem innovativen Anti-Corona-Lack ausgestattet. So auch unsere Bahnhöfe im Kreis Heinsberg, auf denen häufig genutzte Kontaktflächen wie Handläufe mit dem speziellen Lack beschichtet werden. Dieser tötet rund 99,9 Prozent aller Keime und Bakterien ab – vor

allem aber eben auch Coronaviren. So kann die Gefahr von Schmierinfektionen auf den Bahnhöfen minimiert werden. Das Land finanziert die Maßnahme aus dem Sonderprogramm kommunale Verkehrsinfrastruktur ÖPNV mit insgesamt 200.000 Euro.

Bis Ende Februar sollen in ganz Nordrhein-Westfalen an 209 Bahnhöfen 700 Treppen sowie Bedienfelder von 400 Aufzügen mit dem Lack behandelt sein. Dazu erklären die CDU-Landtagsabgeordneten des Kreises Heinsberg, Bernd Krückel und Thomas Schnelle: „Der Einsatz eines speziellen Anti-Corona-Lacks in den NRW-Bahnhöfen zeigt einmal mehr die innovative Kraft, die in

unserem Land steckt. Viele Menschen nutzen täglich die Bahnhöfe in Erkelenz, Hückelhoven-Baal, Geilenkirchen und Lindern, sie sind wichtige Knotenpunkte des täglichen Lebens.

Die Fahrgäste dürfen sich dort bald ein Stück sicherer fühlen, denn mit dem neuartigen Lack ist eine Ansteckung mit Covid 19 durch eine Schmierinfektion fast unmöglich.

Das ist unser Ziel: Ein größtmögliches Maß an Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger – und zwar ausdrücklich auch für jene, die eben nicht im Homeoffice arbeiten und zu Hause bleiben können, sondern auf der Arbeit gebraucht werden.“



Bundesparteitag lief technisch super, persönlicher Kontakt fehlte aber allen!

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

immer haben wir Sie über Parteitage informiert, ob auf Landes- oder Bundesebene. Dr. Hanno Kehren und ich durften den CDU-Kreisverband Heinsberg schon bei mehr als 30 Bundesparteitagen vertreten. Mit Monika Schmitz, Anna Stelten, Wilfried Oellers und Thomas Schnelle haben wir für die Kreispartei beim 33. Parteitag teilgenommen. Da dieser Parteitag am 16. Januar mit der Wahl des neuen Bundesvorsitzenden und aufgrund des digitalen Formats etwas Besonderes war, möchte ich Sie mit

einem persönlichen Bericht informieren. Den Auftakt zum Parteitag bildete ein Probelauf am 12. Januar, bei dem die Technik getestet wurde. Jeder Delegierte hatte einen persönlichen Zugangscode zum Parteitag, der in einem „digitalen Plenarsaal“ stattfand. Für die Wahlen gab es zusätzlich zwei persönliche Zugangsdaten. Die Organisation war hervorragend und die Technik hat reibungslos funktioniert.

Wie vor jedem Parteitag tagten die Delegierten der einzelnen Landesverbände in gesonderten Sitzungen und auch digital haben die Verbände sich getroffen, die NRW-Delegierten am Donnerstag. Unse-

rem Landesvorsitzenden Armin Laschet war es ein Anliegen, insbesondere für Jens Spahn bei der Wahl zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden und für die anderen Bewerber aus NRW für das Präsidium und die Beisitzer zu werben. Der Parteitag fand dann am 15. und 16. Januar statt. Die Wahl des neuen Bundesvorsitzenden hat den gesamten Parteitag überlagert. Die drei Bewerber Armin Laschet, Friedrich Merz und Norbert Röttgen hatten sich im Vorfeld in einem fairen Verfahren beworben und stellten sich den Delegierten noch einmal in fünfzehnminütigen Reden vor. Im ersten Wahlgang stimmten 385 Delegierte für Merz, 380 für Laschet und 224 für Röttgen. Die dann folgende Stichwahl hat Armin Laschet mit 521 Stimmen gegen 466 Stimmen für Friedrich Merz gewonnen. Ich habe unserem Ministerpräsidenten schon zu seiner Wahl gratuliert. Der Landesverband NRW ist mit Jens Spahn als stellvertretenden Vorsitzenden und mit Karl-Josef Laumann sowie Norbert Röttgen im Präsidium der CDU Deutschlands vertreten.

Auch wenn der Parteitag technisch hervorragend organisiert war, hat der persönliche Kontakt gefehlt. Wir Delegierten aus dem Kreisverband Heinsberg haben in einer eigenen Gruppe, und die Delegierten aus dem Bezirk Aachen in einer weiteren Gruppe, über WhatsApp im ständigen Austausch gestanden. Eine elektronische Nachricht kann aber kein persönliches Gespräch ersetzen. Nach dem Parteitag liegt es an uns, für die CDU ein Bild der Geschlossenheit zu zeigen. Die Mitbewerber aus anderen Parteien sind unsere politischen Gegner, nicht Mitglieder in der CDU.

Ihr Bernd Krückel
Kreisvorsitzender



Wir möchten weitere Verbesserungen für die Menschen im Abbaugebiet!

Über 20 Sachverständige waren in einer Anhörung des NRW-Landtages zum Entwurf der Leitentscheidung im Landtagsplenum vor Ort, oder wurden über Videostream zugeschaltet.

Hierbei wurden im ersten Block die Auswirkungen rund um den Tagebau Garzweiler II ausgiebig diskutiert, auch unter Beteiligung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz, Stephan Muckel, Vertretern der Perspektive Tagebaurand und des Bündnisses „Alle Dörfer bleiben“.

„Es freut mich, dass die Anregungen und Wünsche der Betroffenen im Bereich des Tagebaus Garzweiler II mit dieser Anhörung und den zuvor abgegebenen Stellungnahmen auch im Landtag deutlich gemacht werden konnten,“ so Thomas Schnelle, Landtagsabgeordneter unter anderem für die Stadt Erkelenz und die dort aktuellen und zukünftigen Abbaugelände. „Die Bewohnerinnen und Bewohner im Bereich von Garzweiler II auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz werden nach dem Beschluss zum Ende der Braunkohlenverstromung sicherlich noch die größten Belastungen tragen müssen. Dies wurde auch in der Anhörung deutlich.

Daher sind möglichst große Abstände zu den zukünftigen Tagebauranddörfern, auch mehr als die nun schon zugesagten 400 Meter, Änderung der Abbaurichtung in nicht bewohnten Bereichen, Emissionsschutzanlagen, verkehrliche Entlastungen, Erhalt möglichst vieler Flächen für die Landwirtschaft und Ähnliches enorm wichtig. Der Entwurf der neuen Leitentscheidungen hat einige Forderungen schon aufgegriffen. Wichtig für die Menschen in den Dörfern, die dem Tagebau



Über 20 Sachverständige waren in die Anhörung des NRW-Landtages zum Entwurf der Leitentscheidung im Landtagsplenum involviert. Foto: Pixabay

noch zum Opfer fallen sollen, ist dabei auch die Feststellung, dass die Umsiedlungen unter den gleichen Voraussetzungen weitergeführt werden, wie sie zu Beginn des Prozesses bestanden haben.

Neben den weitergehenden Forderungen aus Erkelenz, insbesondere zu den Abstandsflächen von 1500 Metern, wurden aber auch eine Beteiligung der Betroffenen über die Leitentscheidung hinaus z.B. im zuständigen Braunkohlenausschuss der Bezirksregierung und eine möglichst flexible Leitentscheidung gefordert.

Es dürfen nun keine Festlegungen getroffen werden, die bei einem früheren

Braunkohleausstieg oder bei weniger benötigten Braunkohlemengen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

So wurde durch die Perspektive Tagebaurand auch angemahnt, die Notwendigkeit und Machbarkeit einer A 61 n ernsthaft zu prüfen.

Die Leitentscheidung kann nur auf den jetzt bekannten Rahmenbedingungen erstellt werden.

Es ist wichtig, weiter an diesen Rahmenbedingungen zu arbeiten, um auch nach der Leitentscheidung weitere Verbesserungen für die Menschen im geplanten Abbaugelände erreichen zu können.“

So erreichen Sie Bernd Krüchel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764

Fax: 0211/8843319

E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven

So erreichen Sie Thomas Schnelle:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780

Fax: 0211/8843319

E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de



Kein Versagen bei der Impfstoffbeschaffung!!

Der deutschen Firma Biontech ist es gelungen, in einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit einen Impfstoff zu entwickeln und eine EU-Zulassung zu erhalten. Dieser Erfolg ist zustande gekommen, weil Wissenschaft und Wirtschaft alle Konzentration auf die Entwicklung dieses so wichtigen Impfstoffes gelegt haben und der Bund dies finanziell intensiv unterstützt hat, damit die Ressourcen gebündelt werden konnten.

tanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist, war es richtig, keine Notzulassung, sondern ein ordnungsgemäßes Zulassungsverfahren durchzuführen. Es war auch richtig, bei der Zulassung und der Bestellung des Impfstoffs auf den europäischen Weg zu setzen. In dieser schweren Zeit ist es wichtig, dass die EU solidarisch zusammensteht. Wenn Deutschland einen Alleingang bei Zulassung und Bestellung vorgenommen hätte, so wäre die

Mit dem europäischen Weg erkennt jeder EU-Mitgliedstaat den Wert der EU in Krisenzeiten. Als Exportnation liegt es auch im deutschen Interesse, dass nicht nur wir, sondern auch andere Staaten die Pandemie bewältigen.

Die EU hat für ca. 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger 2,1 Milliarden Impfdosen bei sieben Impfstoffherstellern bestellt. Da bei den Vorbestellungen im Sommer 2020 noch nicht abzusehen war, wie die Impfstoffentwicklung bei den einzelnen Firmen voranschreitet, war es richtig, bei mehreren Firmen zu bestellen. Über die EU erhält Deutschland insgesamt über 300 Millionen Impfdosen, von den bereits zugelassenen Impfstoffen der Firmen Biontech 60 Millionen und Moderna 50 Millionen. Als im September die guten Fortschritte bei Biontech bekannt wurden, bestellte Deutschland sofort weitere 30 Millionen Dosen bei Biontech. Damit verfügt Deutschland derzeit über zugelassene, bestellte und zugesagte 140 Millionen Impfdosen. Sollte der nun gestellte Antrag von AstraZeneca positiv beschieden werden, stünden Deutschland aus der EU-Bestellung weitere 56 Millionen Impfdosen, also insgesamt 196 Millionen Dosen für rund 83 Millionen Bürgerinnen und Bürger, zu.



Der deutschen Firma Biontech ist es gelungen, in einer noch nie dagewesenen Geschwindigkeit einen Impfstoff gegen Corona zu entwickeln. Foto: Pixabay

Vor der Zulassung des Biontech-Impfstoffs befürchteten Kritiker, dass der Impfstoff wegen der schnellen Entwicklung nicht sicher sein würde. Andere forderten gar eine Notzulassung wie in Großbritannien und Israel und damit ein schnelleres Zulassungsverfahren. Da Vertrauen in einen Impfstoff die Grundvoraussetzung für seine Akzep-

Konsequenz gewesen, dass kleine, wirtschaftlich nicht so starke Länder erst viel später die Möglichkeit gehabt hätten, Impfstoff zu erhalten. Nun konnte in der gesamten EU gleichzeitig mit der Impfung begonnen werden. Ein Alleingang Deutschland hätte die zukünftige Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten massiv belastet.

Legt man diese Zahlen einmal zugrunde, so sehe ich kein Defizit oder Versagen bei der Impfstoffbeschaffung. Natürlich wünsche auch ich mir, dass wir möglichst schnell möglichst viel Impfstoff erhalten. Man muss jedoch zur Kenntnis nehmen, dass die Produktionskapazitäten begrenzt sind. Andere Firmen als den Entwickler mit der Herstellung zu beauftragen, halte ich aufgrund der hohen Komplexität

der Herstellung und wegen des nötigen Vertrauens in den Impfstoff für problematisch. Zumal andere Firmen auch Zeit benötigen würden, mit der Produktion zu beginnen. Gesundheitsminister Spahn hat daher bereits bei Bekanntwerden der Fortschritte bei Biontech diese dabei unterstützt, weitere Produktionskapazitäten aufzubauen.

sondern ihre Kräfte in die Krisenbewältigung investieren. Dies gilt auch für unseren Regierungspartner. Die Kritik an Spahn und den Vorschlag von SPD-Außenminister Maas, Privilegien für geimpfte Menschen einzuführen, halte ich für falsch. In Zeiten, in denen nicht ausreichend Impfstoff produziert werden kann, verbietet sich ein solcher Vorschlag

Impfpflicht geben wird. Ich würde mir wünschen, dass sich möglichst viele bis alle Menschen impfen lassen. Denn die Impfung ist das einzige Mittel, aus dieser Pandemie wieder herauszukommen. Daher sollten sich alle Impfkritiker noch einmal hinterfragen und für eine Impfung entscheiden. Es hilft letztlich



Es liegt im deutschen Interesse, dass alle europäischen Staaten die Pandemie schnellstmöglich bewältigen.

Foto: Pixabay

Es war immer bekannt, dass am Anfang die Produktion der Flaschenhalbs werden würde. Aufgrund dieser frühzeitigen Initiativen ist es nun möglich, in Marburg und Sachsen weitere Produktionsstätten der Firma Biontech zu realisieren.

Es war von Anfang an bekannt, dass Deutschland im Dezember 1,3 Millionen und im Januar 4 Millionen Impfdosen erhalten würde. Dies hat Spahn immer offen kommuniziert. Kritik gab es dazu bei der Vorstellung des Lieferplans im letzten Jahr nicht. Die nun zugelassene Erweiterung, aus den Fläschchen sechs statt bisher fünf Impfdosen entnehmen zu können, ermöglicht 20 Prozent mehr Impfungen, als bisher geplant.

Die Bundesregierung arbeitet in allen Bereichen intensiv daran, die Pandemie zu bewältigen. Kritiker sollten den Menschen keine Angst machen,

absolut, aber auch darüber hinaus. Schließlich ist bisher nur erwiesen, dass der Impfstoff schwere Krankheitsverläufe verhindert, nicht jedoch, ob auch die Weitergabe des Virus verhindert wird. Gesundheitsminister Spahn hat stets betont, dass es keine

uns allen, die Pandemie zu bewältigen. Bleibt gesund.

Wilfried Oellers

P.S.: Eine ausführliche Darstellung dieser Thematik findet Ihr unter www.wilfried-oellers.de

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg

Tel.: 02452 - 9788120

Fax: 02452 - 9788125

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 22777231

Fax: 030 - 22776233

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

SABINE VERHEYEN

EUROPA - WEIL'S GEMEINSAM BESSER GEHT



Liebe Leserinnen und Leser,

das vergangene Jahr hat uns vor viele unerwartete Herausforderungen und Aufgaben gestellt. Hinter uns liegen ergebnisreiche Monate, die uns alle einiges abverlangt haben. Auch im neuen Jahr steht natürlich die Bewältigung der Corona-Pandemie an oberster Stelle in der Europäischen Union. Zugleich werden wir uns auf europäischer Ebene 2021 mit vielen weiteren Prioritäten befassen. Zum Start in das neue Jahr hat am 1. Januar Portugal die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland übernommen. Portugal hat diese nun bereits zum vierten Mal inne. Das Land feiert in diesem Jahr, gemeinsam mit Spanien, 35 Jahre EU-Mitgliedschaft. Nun steht es vor zahlreichen Aufgaben. So gilt es unter anderem, die Ausgestaltung der EU-Programme, die Teil des Sieben-Jahres-Haushalts sind, fertigzustellen. Den EU-Haushalt für die Jahre 2021-2029 hatten wir als EU-Parlament im vergangenen Dezember gebilligt. Darüber hinaus konnten wir bei einigen EU-Förderprogrammen bereits vorläufige politische Einigungen erzielen. Als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung im EU-Parlament freut es mich besonders, dass wir bei den drei Bildungs- und Kulturprogrammen Erasmus+, Kreatives Europa und Europäisches Solidaritätskorps gute Kompromisse aushandeln konnten. Einen Überblick über die erzielten Einigungen bei diesen Programmen können Sie auf meiner Homepage finden.

Ein wichtiges Thema in den kommenden Monaten wird darüber hinaus der Klimaschutz sein. Im Rahmen des europäischen Green Deals sind eine Reihe von Initiativen für ein nachhaltiges Europa zu erwarten. Außerdem stehen die Verhandlungen über das neue europäische Klimagesetz vor dem Abschluss. Als CDU/CSU-Gruppe stehen wir hinter der Zielsetzung, Europa bis 2050 klimaneutral zu machen. Klimapolitik muss dabei

realistisch und marktwirtschaftlich gestaltet werden. Ein Emissionsreduktionsziel von 60 Prozent allerdings, wie es von einer Mehrheit im EU-Parlament gefordert wird, verlangt von unserer europäischen Wirtschaft zu viel. Auch die Digitalisierung und das Thema Künstliche Intelligenz (KI) werden uns in diesem Jahr beschäftigen. So hat die EU-Kommission Ende 2020 ihren Vorschlag für ein Gesetz über digitale Dienste, den „Digital Services Act“, präsentiert. Ziel ist es, Leitlinien für die sich wandelnde Online-Landschaft aufzustellen und ein besseres und sichereres digitales Umfeld für Nutzer und Unternehmen zu gewährleisten. Anfang des neuen Jahres wird die Kommission zudem neue Rechtsvorschriften zur Künstlichen Intelligenz vorschlagen. Damit sollen die technologischen, ethischen, rechtlichen und sozioökonomischen Aspekte von KI angegangen und sichergestellt werden, dass Europa bei den Entwicklungen eine Vorreiterrolle einnimmt. Wichtig wird es dabei sein, die Menschen und die europäischen Werte ins Zentrum zu rücken und gleichzeitig die Wirtschaft in den Blick zu nehmen. Natürlich bleibt auch die Migration ein Schwerpunktthema der EU. Als EU-Parlament werden wir das von der Kommission vorgeschlagene neue Asyl- und Migrationspaket gründlich prüfen. Und auch die Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wird uns im kommenden Jahr weiter beschäftigen. Der 1. Januar markierte das Ende der Übergangsphase

zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU und zugleich den Beginn neuer, komplexer Beziehungen. Neben all diesen Themen wird auch die generelle Frage nach der Zukunft unserer Union im Jahr 2021 im Vordergrund stehen. Dieser Frage soll die Konferenz zur Zukunft Europas nachgehen. Im Rahmen dieser zweijährigen Konferenz soll den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit gegeben werden, das Europa von morgen aktiv mitzugestalten. Die Coronakrise hatte den Start der Initiative verzögert, der eigentlich für Mai 2020 geplant war. Es ist zu hoffen, dass der Konsultationsprozess nun im Jahr 2021 starten kann. Es ist an der Zeit, mit dieser notwendigen Diskussion innerhalb der EU zu beginnen. Die Herausforderungen für uns in Europa sind also vielfältig. Doch nicht nur auf europäischer Ebene liegen viele Aufgaben vor uns. Unsere Arbeit steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der Bundestagswahl. Hier gilt es, sich für unsere Werte, Ansichten und Ideen stark zu machen und einzusetzen. Gemeinsam wollen wir die Zukunft unseres Landes weiter gestalten und für eine Politik eintreten, die die Menschen und ihre Bedürfnisse in den Vordergrund stellt. Lassen Sie uns als CDU zusammen dafür einstehen!

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37
52062 Aachen
Tel.: 0241 - 5600 6933/34
Fax: 0241 - 5600 6885
E-Mail: verheyen@ep.europa.eu
Mitarbeiter: Sandra Esser
Eva-Maria Leitner

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz ASP 15E202
B 1047 Brüssel
Tel.: 0032 228 37299/47299
Fax: 0032 228 49299
E-Mail: verheyen@ep.europa.eu
Mitarbeiter: Katharina Bertl
Jill Maassen

„Leser fragen, Politiker antworten“

Liebe Leserinnen und Leser von Union HS,

unsere Zeitung hat sich gewandelt und die Ideen, wie man unsere Union HS immer wieder noch ein Stück attraktiver machen kann, gehen dem Redaktionsteam nicht aus. Deshalb sollen die Veränderungen auch nur schrittweise erfolgen, bei der ein oder anderen Neuerung muss man ja auch erst einmal sehen, wie sie bei den Leserinnen und Lesern ankommt.

Wir wollen zukünftig nicht nur mehr Interviews führen, wir möchten auch mal interessante Persönlichkeiten (die nicht immer in der ersten Reihe Politik machen) vorstellen.....ruhig auch mal ein wenig privater!!!

Gerne möchten wir mit Ihnen auch mal einen ganz neuen Service ausprobieren, den man unter die Rubrik „Leser fragen, Politiker antworten“ eingliedern könnte. Unser Schatzmeister Christoph Kaminski hat schon einmal den Anfang

gemacht und über Union HS eine Frage an die Europaabgeordnete Sabine Verheyen gestellt. Diese hat unserer Zeitung dann auch die Antwort übermittelt, die Sie in diesem Artikel auch gleich von uns präsentiert bekommen. Unsere Bitte also, schicken Sie unserem Redaktionsteam Ihre Fragen, die wir an die entsprechenden Adressaten weiterleiten. Wir werden dann Fragen und Antworten in der Union HS abdrucken. Hier nun der Startschuss:

Sehr geehrte Frau Verheyen,

einstimmig wurde durch den 42. CDU-Landesparteitag in Düsseldorf am 4.5.2019 ein Antrag des CDU-Kreisverbandes Heinsberg entgegengenommen, der vorsieht, dass keine Neuaufnahmen in die EU erfolgen sollen, mindestens solange, bis klare und eindeutige Regelungsmechanismen für Austritte, aber auch möglicherweise für Ausschlüsse festgelegt werden. Durch Parteitags-

beschluss wurde dieser Antrag an die NRW-Landesgruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zur Umsetzung überwiesen. Wie ist der Sachstand der Umsetzung?

Sehr geehrter Herr Kaminski,

im Namen von Frau Verheyen bedanke ich mich sehr herzlich für Ihre Mail. Wir haben uns beim Vorsitzenden der NRW-Landesgruppe bezüglich des Antrags erkundigt. Dort wurde uns mitgeteilt, dass der Antrag bearbeitet wurde. Eine Antwort wird bis zum nächsten Landesparteitag vorliegen. Weitere Informationen können wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt daher leider nicht mitteilen.

Freundliche Grüße

Eva-Maria Leitner
Wissenschaftliche Referentin
im Büro Verheyen

Wie ich übers Ehrenamt zur CDU gekommen bin

Liebe Leserinnen und Leser der Union HS,

ich freue mich sehr, dass ich die Gelegenheit erhalte, mich Ihnen und Euch vorzustellen. Mein Name ist Nico Leyens, ich bin 18 Jahre alt und mache in diesem Jahr am Cusanus-Gymnasium in Erkelenz mein Abitur. Bereits seit meiner frühen Kindheit sind mir gesellschaftliches und politisches Engagement wichtig, und deshalb engagierte ich mich bereits als Kind in meinem Heimatdorf Erkelenz-Granterath im Karneval und bin seit einigen Jahren ehrenamtlicher Helfer des Deutschen Roten Kreuzes im Kreis Heinsberg. Im Jahr 2017 trat ich der Jungen Union bei. In dem darauffolgenden Schuljahr 2017/18 habe ich mich als Schülersprecher meiner Schule engagiert. Im Vorfeld der Europawahl 2019 durfte ich an meiner Schule eine Diskussionsrunde beim World-Café moderieren, was im letzten Jahr aufgrund der Corona-

maßnahmen nicht möglich war. Aus diesem Grund kreierte ich, zusammen mit meinem Mitschüler Peer Schwiders und einigen anderen Jugendlichen, das Online-Medium #hswahl2020, welches im Vorfeld der Kommunalwahlen über 150 Kandidatinnen und Kandidaten aus dem ganzen Kreis Heinsberg vorstellte und Jugendlichen die Politik in ihrer Heimat erklären sollte. Durch meine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Programmatik aller Parteien ist mir nochmals bewusst geworden, dass die CDU für mich die richtige Partei ist. Den Wahlabend durfte ich in Erkelenz bei der CDU verbringen, wo ich sehr offen und herzlich empfangen wurde. Die aktuelle Situation macht den Einstieg nicht leicht, deshalb hat es mich sehr gefreut, dass ich im Dezember 2020 an einer Videokonferenz mit weiteren Neumitgliedern teilnehmen und durch den Landtagsabgeordneten Thomas Schnelle einiges über den Aufbau unserer Partei lernen durfte.



Nico Leyens ist ein tolles Beispiel dafür, dass sich auch junge Menschen in der Politik wohlfühlen.

In den nächsten Jahren freue ich mich auf mein Studium und eine konstruktive, politische Zusammenarbeit in der CDU. Ich bin gespannt, was wir alle erleben werden! Ihr / Euer **Nico Leyens**

Interview mit einem Mediziner und Freund zum sehr sensiblen Thema Impfungen

Wer ist der Mediziner und Freund?
Dr. Hanno Kehren ist mein Experte für die (anstehende) Impfung mit dem Biontech-Wirkstoff. In der ruhigen Jahreszeit, zwischen Weihnachten und Neujahr, habe ich Dr. Hanno Kehren zum Thema Corona-Impfung interviewt! Gott sei dank, hat er für mich verständliche Antworten gefunden. Lesen und überzeugen lassen!

Frage: Lieber Hanno, was machst du beruflich und politisch?

Antwort: Ich bin Arzt für Labormedizin. Wir führen neben vielen anderen Analysen die Corona-PCR- und Antikörpertests durch. Vier Semester habe ich mich daneben mit Medizinischer Ethik beschäftigt. Ich bin Mitglied der CDU und im Kreistag der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen.

Frage: Cool! Hanno, in England sollen zwei Patienten allergisch auf den Biontech-Impfstoff reagiert haben. Wogegen waren diese Patienten allergisch?

Antwort: Die Betroffenen sind schwere Allergiker. Polyethylenglykol (PEG) scheint zurzeit der Hauptverdächtige zu sein. Wegen der wenigen Zusatz- und Hilfsstoffe sollte der Impfstoff aber ein geringeres allergenes Potenzial haben als herkömmliche Impfstoffe.

Frage: Ok. Gibt es denn weitere Nebenwirkungen, die zu beachten sind?

Antwort: Wie wir sie auch bei anderen Impfungen kennen: Schmerzen/Schwellung/Rötungen an der Injektionsstelle, Gelenk-, Kopf- und Muskelschmerzen, Fieber/Schüttelfrost und Müdigkeit.

Frage: Es gibt keine Langzeitstudie. Denkst du, dass Langzeitschäden auftreten?

Antwort: Ob und welche Langzeitschäden oder besser Spätfolgen es geben wird, kann ja erst durch die breite und lange Anwendung gesehen



Dr. Hanno Kehren

werden. Ist bei anderen Impfstoffen/Medikamenten nicht anders. Aber Ja, es wird welche geben, wie bei bisherigen Impfungen auch. Das wird überwacht.

Frage: Hältst Du den Impfstoff also für sicher?

Antwort: Ja. Der neue mRNA-Ansatz ist trotz der kurzen Entwicklungszeit meines Erachtens deutlich risikoärmer als konventionelle Impfstoffe. Zudem ist er schnell an Veränderungen des Virus anzupassen. Eine unglaubliche Leistung und ein wirklicher Fortschritt. Das gilt auch für den Moderna-Impfstoff, der dem gleichen Prinzip folgt. Der Impfstoff von Astra-Zeneca ist ein Vektorimpfstoff. Dabei wird der Spike-Protein-Bauplan statt in Nanopartikel in ein für den Menschen ungefährliches Virus (Vektor) eingebaut, ein lange etabliertes Verfahren. Auch den halte ich für sicher.

Frage: Was ist tatsächlich in den Impfstoffen enthalten?

Antwort: Die Impfstoffe enthalten aus der Erbinformation des Virus nur den Bauplan für das Spike-Protein als mRNA verpackt in Nanopartikel (Biontech, Moderna) oder in ein ungefährliches Virus (Vektor-Impfstoff z.B.

Astra-Zeneca). Daneben sind gegebenenfalls noch Hilfsstoffe zur Einbettung und Stabilisierung der mRNA enthalten.

Frage: Ein AFD-Abgeordneter bezeichnete im Bundestag den Biontech*-Impfstoff als „genmanipuliert“. Ändert dieser Impfstoff meine Gene oder die eigene DNA?

Antwort: In menschlichen Zellen ist die mRNA (=Messenger-RNA) quasi eine Abschrift von unserer Erbinformation (DNA) und bringt die aus dem Zellkern (die DNA kann da nicht raus) zu den Ribosomen (kleine Eiweißfabriken) im Zellplasma. Da werden die Informationen in Proteine übersetzt. Die mRNA wird anschließend abgebaut. Bei der Impfung wird die Virus-mRNA für das Spike-Protein in menschliche Zellen eingeschleust, in der Zelle ausgepackt, in den Fabriken der Zelle in ein Eiweißmolekül übersetzt und dann abgebaut. Sie kann nicht in den Zellkern, wo sich die DNA befindet. Eine Genmanipulation des menschlichen Genoms (das sitzt im Zellkern, da kommt die mRNA nicht hin) findet NICHT statt, weder in der einzelnen Zelle noch in der Keimbahn. Das könnten nur Retroviren. Es bräuchte dazu eine reverse Transkriptase die dieses Virus nicht hat und der Mensch auch nicht. Also nein: Deine Gene oder die Zell-DNA werden nicht verändert! Das gilt für alle bisher absehbaren SARS-CoV-2-Impfstoffe.

Frage: Ok. Und was ist das Spike-Protein und wie wirkt es im Körper? Wie funktioniert dann die Impfung?

Antwort: Das Spike-Protein ist der Teil vom Virus, mit dem es an die menschlichen Zellen andockt, die einen entsprechenden Rezeptor haben. Wenn Du Dir die Virusbilder ansiehst, sind die Spikes die kleinen Stacheln auf der Virushülle. Wie früher Spikes bei den Winterreifen. Ohne diese Spikes kann das Virus nicht in die Zellen gelangen. Wenn das intakte Virus in die Zelle kommt, werden mit dessen RNA komplette neue Viren produziert

und dann ins Blut/Gewebe abgegeben. Die können dann weitere geeignete Zellen infizieren usw.. Bei der Impfung wird nur die Information für das Spike-Protein in die Zellen eingeschleust. Also kann in den Zellen auch nur das Spike-Protein produziert werden. Die Spike-Proteine gelangen dann ins Blut/Gewebe sind aber keine infektiösen Viren mehr, sondern nur der Teil, gegen den unser Immunsystem dann Antikörper bildet. Kommt es dann in Kontakt mit dem kompletten Virus, sind die Antikörper schon bereit, um das Virus zu bekämpfen und die Infektion findet idealerweise gar nicht statt oder die Erkrankung verläuft milder.

Frage: Ok. Was ist mit der Mutation des Virus?

Antwort: Zurzeit geht man davon aus, dass die Impfung auch bei den Mutationen wirkt. Die Hersteller sind dabei das zu verifizieren. Für den Biontech-Impfstoff scheint das gegen die bisherigen Mutationen schon bestätigt. Wenn nötig, können die mRNA-basierten Impfstoffe sehr schnell angepasst werden.

Frage: Ahh... okay, also kann sich das Virus verändern, aber mich nicht?

Antwort: Genau! Die mRNA des Coronavirus kann nicht in Deine DNA eingebaut werden. RNA-Viren sind sehr veränderungsfreudig. SARS-CoV-2 scheint zwar stabiler zu sein als etwa die Influenzaviren. Aber: Wenn sehr viele Menschen infiziert sind, ist natürlich auch bei einer geringeren Mutationsgeschwindigkeit mit vielen Mutationen zu rechnen, die das Verhalten des Virus verändern, es z.B. infektiöser machen.

Frage: Wie lange dauert die Immunität nach der Impfung an?

Antwort: Das ist noch unsicher, wie auch bei der Infektion selbst und muss in der Langzeitbeobachtung untersucht werden. Auch, inwieweit Veränderungen im Virus eventuell Neuimpfungen notwendig machen. Eventuelle Folge: Öfter impfen. Das wird sich

in den nächsten Monaten erweisen müssen und hängt von der Dauer der Immunität und dem Mutationsverhalten des Virus ab.

Frage: Sollen Covid-19-Genesene sich impfen lassen?

Antwort: Die Genesenen gelten zumindest eine Zeit lang (wohl mehr als drei Monate) als immun. Wie lange genau ist bislang unklar. Soweit die Betreffenden im Rahmen der geltenden Priorisierung überhaupt schon geimpft werden können, sollten sie sich erst nach dieser Zeit impfen lassen.



Bei einer Impfquote von 60-70 Prozent könnten wir zu einer Herdenimmunität und damit wieder zu „normalen“ Verhältnissen kommen.

Foto: Pixabay

Frage: Sollten wir uns vor der Impfung auf Antikörper testen lassen, und danach über die Impfung entscheiden?

Antwort: Ein vorheriger Test freut zwar den Laborarzt, wird aber derzeit nicht empfohlen.

Frage: Muss die Impfung nach drei Wochen wiederholt werden, um wirksam zu sein?

Antwort: Erst nach der zweiten Impfdosis mit Biontech, drei Wochen nach der ersten, entfaltet die Impfung die volle Wirkung von ca. 95 Prozent. Wie die Situation bei weiteren Impfstoffen ist, wird man sehen.

Frage: Woher ziehst du deine Erkenntnis?

Antwort: Aus meiner Ausbildung. Andererseits gibt es auf vielen seriösen Seiten im Internet sehr verständliche Informationen zur Funktionsweise/Ri-

siken und Nebenwirkungen des Impfstoffs: z.B. RKI, STIKO, Pharmazeutische Zeitung u.a.

Frage: Was hältst du von der Impfstrategie der Bundesregierung?

Antwort: Genau richtig. Zunächst müssen diejenigen geschützt werden, die durch Covid 19 lebensbedroht sind. Durch deren Impfung schützen wir auch unser Gesundheitssystem und die dort Arbeitenden vor Überlastung.

Frage: Die Bundeskanzlerin hat eine Impfpflicht abgelehnt. Denkst du, es bleibt dabei? Oder könnte es doch eine verkappte Impfpflicht geben?

Antwort: Ich glaube nicht an eine staatlich verordnete Impfpflicht. Inwieweit andere Einrichtungen versuchen werden, über die Hintertür etwas einzuführen, wird man sehen. Auch der Gesundheitsminister hat eine Impfpflicht abgelehnt wie auch Privilegien für Geimpfte.

Frage: Würdest du eine Impfung empfehlen und warum?

Antwort: Ja, unbedingt. Wir haben mittlerweile sichere Impfstoffe und kommen mit einer Impfquote von 60-70 Prozent zu einer Herdenimmunität und damit wieder zu „normalen“ Verhältnissen: gesellschaftlich, im sozialen Miteinander und nicht zuletzt in der Wirtschaft, Kultur, Gastronomie, Reisen usw.. Sollte das Virus jedoch, wie bei der Mutation, ansteckender sein, dann benötigen wir eine höhere Impfquote, um die Herdenimmunität zu erreichen. Also unbedingt impfen lassen!

Frage: Lässt du dich selbst impfen?

Antwort: Klar! Lieber heute als Morgen. Aber ich bin noch nicht dran.

Frage: Was sagt deine Familie dazu?

Antwort: Die hört auf mich!

Danke dir Hanno für deine Antworten! Das Interview (aktualisiert am 17. 01.2021) führte **Stephanie Jabusch-Pergens**

Unsere Abgeordneten informierten sich über Impfungen in Seniorenheimen

In den Senioren- und Pflegeeinrichtungen im Kreis Heinsberg haben die Impfungen gegen Covid 19 begonnen.

In den Gangelter Einrichtungen Katharina Casper ViaNobis wurden die ersten Impfungen durchgeführt, die Alten- und Pflegeheime St. Josef in Höngen und Waldenrath folgten. In weiteren Einrichtungen werden die Impfungen schnellstmöglich durchgeführt.

Die Heinsberger Wahlkreisabgeordneten der CDU, Wilfried Oellers aus dem Bundestag sowie Bernd Krückel und Thomas Schnelle aus dem Landtag



Volker Kratz, Geschäftsführer des Seniorenheims St. Josef in Waldenrath, nahm sich viel Zeit, um Thomas Schnelle, Wilfried Oellers und Bernd Krückel (von links) über Organisation und Durchführung der Impfungen in seinem Haus zu informieren.



Die Impfungen verliefen in St. Josef reibungslos.

NRW, informierten sich bei St. Josef in Waldenrath über die Organisation und die Durchführung der Impfung. Geschäftsführer Volker Kratz empfing die Abgeordneten vor dem Altenheim, weil die Politiker zum Schutz der Bewohner die Einrichtung nicht betreten wollten.

Kratz erläuterte: „Im Vorfeld der Impfung haben wir ein Wegekonzept erarbeitet, damit die Impfstraße im Einbahnsystem erfolgen konnte. Wir hatten ein Ärzteteam im Vorfeld zur Unterstützung angesprochen und hatten zudem bereits einen Zeitkorridor benannt.

Der Raum für die Rekonstruktion des Impfstoffs wurde völlig desinfiziert und die Screening-, Beratungs- und Wartebereiche wurden aufgebaut. Zudem konnten wir geeignete Lage-

rungsmöglichkeiten vorbereiten sowie einen Ersatzkühlschrank und ein Stromaggregat installieren.“ Geschäftsführer Volker Kratz fasste seine Informationen an die Politiker zufrieden mit den Worten zusammen: „Der Tag des Impfens ist sehr gut verlaufen, dank der guten Zeitplanung aller zu Impfen.“ Jetzt, so Kratz, sei man dankbar dafür, dass wir geimpft sind.“ Die Hintergrundinformationen, insbesondere aber die Kritik aus den Schilderungen sowie die Vorschläge für eine Verbesserung der Strategie, waren für die Abgeordneten und ihre politische Arbeit besonders wertvoll. „Welche Wirkungen die Gesetze und Verordnungen haben werden, lässt sich am besten bei der Umsetzung vor Ort überprüfen“, waren sich Oellers, Krückel und Schnelle einig.

IMPRESSUM

UNION HS-Mitgliederzeitung
des CDU-Kreisverbandes
Heinsberg

Herausgeber und Verlag:
CDU-Kreisverband Heinsberg
Schafhausener Str. 42 · 52525 Heinsberg
Tel. (0 24 52) 91 99 - 0
Fax (0 24 52) 91 99 - 40
info@cdu-kreis-heinsberg.de
www.cdu-kreis-heinsberg.de

Redaktion:
Bernd Krückel (verantw. im Sinne des
Presserechts)

Druck: Druckerei Jakobs GmbH
Erscheinungsweise:
monatlich. UNION HS ist auf umweltfreundlich,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Der
Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Reisen:
Der CDU-Kreisverband Heinsberg ist der
Vermittler der Reisen, nicht der Veranstalter.

Bankverbindungen des
CDU-Kreisverbandes Heinsberg:
Kreissparkasse Heinsberg
IBAN DE70312512200002001006
BIC WELADED1ERK
Volksbank eG Heinsberg
IBAN DE66370694123300984010
BIC GENODED1HRB

Die kommunale Familie im Kreis Heinsberg hält auch in der aktuellen Krise zusammen

Die Arbeitsgruppe Haushalt und Finanzen der CDU-Kreistagsfraktion hat am 13. Januar 2021 detailliert den Entwurf des Haushaltsplans 2021 für den Kreis Heinsberg beraten.

Jede Kommune muss einen genauen Überblick darüber haben und verantwortungsvoll planen, welche Einnahmen und Ausgaben sie hat. Dieser Überblick heißt Haushaltsplan. Einfach ausgedrückt, ist der Haushalt nichts anderes als eine große Rechnung, in der steht, wie viel Geld die Kommune einnimmt und wie viel Geld sie ausgibt.

Erstmalig musste der Entwurf der Haushaltssatzung 2021 für den Kreis Heinsberg auf zwei Bände aufgeteilt werden und umfasst insgesamt stolze 720 Seiten. Damit der Kreis seine Aufgaben wahrnehmen kann, die für 2021 Aufwendungen in Höhe von 390 Millionen Euro und somit 30 Millionen Euro Steigerung zum Vorjahr bedeuten, braucht er eine entsprechende finanzielle Basis.

Da die Kreise im Gegensatz zu den Städten und Gemeinden keine eigenen Steuereinnahmen verbuchen, sind sie auf Zuweisungen u. a. durch den Bund und das Land bzw. durch die kreisangehörigen Kommunen angewiesen. Der Finanzausgleich deckt nicht den gesamten finanziellen Bedarf eines Kreises. Die „Lücke“ wird auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden umgelegt - die sogenannte Kreisumlage. Mit ihr tragen die Kommunen nach Maßgabe ihrer Finanzkraft zu den Ausgaben des Kreises bei, die ja auch den Einwohnern im gesamten Kreis wieder zugutekommen.

Spare in der Zeit, so hast Du in der Not!

Neben den immer neuen Herausforderungen, vor die uns die Coronapandemie stellt, können wir noch nicht endgültig abschätzen, mit welchen finanziellen Unwägbarkeiten wir rechnen müssen. Der Kreis möchte den-



Der Kreis möchte nach Aussagen des Finanzexperten Wilhelm Rütten die Kontinuität einer stabilen Kreisumlage der letzten Jahre fortführen.

noch die Kontinuität einer stabilen Kreisumlage der letzten Jahre fortführen und den Kommunen so eine solide Planungsgrundlage bieten. Daher ist in Ergänzung zu der zum Vorjahr unveränderten allgemeinen Kreisumlage in Höhe von 128,4 Millionen Euro eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 4,5 Millionen Euro erforderlich. Die Ausgleichsrücklage könnte man auch als „fiktiven buchmäßigen Sparstrumpf“ bezeichnen. Mit dem Übergang auf das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ müssen die Kommunen die Abschreibungen erwirtschaften. Damit der Übergang zu dieser neuen Rechenmethode die Kommunen nicht in die Knie zwingt, erhielten sie eine

Ausgleichsrücklage an die Hand. Der positive Verlauf der letzten Haushaltsjahre sowie die umsichtige Haushaltspolitik der CDU-Fraktion ermöglicht diese Entnahme aus der Ausgleichsrücklage, die zum Jahresende 2020 ein Volumen von 29,1 Millionen Euro erreichte. Hierdurch wird der strukturell nicht ausgeglichene Haushaltsentwurf „fiktiv“ ausgeglichen (bei 390 Mio. Aufwendungen umfassen die Erträge nur 385,5 Mio. Euro). Insbesondere in diesen Zeiten sendet ein solider und leistungsfähiger Kreishaushalt ein Zeichen der Stabilität an die Kommunen.

Die Arbeitsgruppe Haushalt und Finanzen der CDU-Kreistagsfraktion kommt einstimmig zu dem Ergebnis, dass die wesentlichen Ziele, eine ausgeglichene Haushaltssatzung zu beschließen, gegeben sind. Die gegebenen Chancen und zu beachtende Risiken für die weitere Entwicklung der Kreisfinanzen wurden intensiv diskutiert.

Der Kreis Heinsberg verfügt nach wie vor über eine gute Finanzlage mit Perspektiven für die weiteren Haushaltsjahre und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden durch eine unveränderte, stabile Kreisumlage angemessen belastet. Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher der CDU-Kreistagsfraktion, die

Haushaltssatzung 2021 gemäß dem eingebrachten Haushaltsplan in der nächsten Kreistagssitzung zu beschließen. Bei Interesse kann der gesamte Haushaltsentwurf 2021 mit allen Einzelpositionen auf den Internetseiten des Kreises Heinsberg (www.kreis-heinsberg.de) eingesehen werden.

Der Vorbericht gibt einen Überblick über die Eckpunkte und enthält Aussagen zur aktuellen und zukünftigen Entwicklung der Finanzsituation des Kreises.



Taser testweise im Einsatz

Bereits 2017 haben wir es im NRW- Koalitionsvertrag festschreiben lassen, nun geht die Modernisierung unserer Polizei weiter voran: Die ersten Polizeibeamten im Streifendienst wurden mit Tasern - oder technischer: Distanz-Elektroimpuls-Geräten - ausgestattet. Dies geschieht im Rahmen einer Pilotphase, welche im Frühjahr 2022 ausgewertet wird. Denn erst wenn sicher ist, dass die Waffe wirklich nützt, soll entschieden werden, ob sie flächendeckend in NRW eingeführt wird.



Der Taser soll die Einsätze für unsere Polizisten sicherer machen.

Von Seiten der Polizeigewerkschaften wird argumentiert, dass mit dem Taser eine wichtige Ergänzung des Arsenal der Beamtinnen und Beamten geschaffen wird, welche zwischen Pistole, Pfefferspray und Schlagstock liegt. Der Einsatz der Schusswaffe ist in vielen Fällen nicht verhältnismäßig, allerdings ist der Einsatz von Pfefferspray bei einem hochaggressiven, oder auch unter Drogeneinfluss stehenden Gegenüber oft nicht ausreichend – und wenn der Schlagstock eingesetzt wird, befinden sich die Beamtin oder der Beamte bereits in einer Situation, die für Sie selbst

ein hohes Gefahrenpotenzial bietet. Kritiker betonen allerdings, auch der Einsatz eines Tasers sei oft nicht verhältnismäßig, da sich am Beispiel anderer Länder (USA, Niederlande) zeigt, dass auch die Distanz-Elektroimpuls-Geräte nicht vollkommen ungefährlich sind und Taser zudem tendenziell zu häufig - also auch in Situationen eingesetzt werden, in denen eine Deeskalation noch möglich gewesen wäre. Dass das Verhalten von US-Polizeikräften und unseren Beamtinnen und Beamten allerdings kaum vergleichbar ist, zeigt sich bereits bei einem

Blick auf den Einsatz von Schusswaffen. Daher ist die Entscheidung von Innenminister Herbert Reul, den Tasereinsatz zunächst intensiv zu testen, sicherlich die beste Herangehensweise.

„Mit der Einführung des Tasers wäre für uns ein weiteres Ziel erreicht, den Streifendienst für unsere Einsatzkräfte sicherer zu machen. Die Polizistinnen und Polizisten setzen täglich ihre Gesundheit für uns alle aufs Spiel, da ist es nur fair, wenn sie von uns bestmöglich ausgestattet werden.“ so der Landtags-abgeordnete Thomas Schnelle.

Steuerentlastungen werden deutlich spürbar

Das Jahr 2021 bringt Steuerentlastungen, beispielsweise durch Soli-Abbau, Erhöhung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags, von mehr als 20 Milliarden Euro.

„Damit steht den Bürgern in Krisenzeiten und darüber hinaus mehr Geld zur Verfügung. Das kommt auch der Konjunktur zugute“, freut sich der Bundestagsabgeordnete Wilfried Oellers für die Menschen im Kreis Heinsberg. Mit Beginn des neuen Jahres entfällt der Solidaritätszuschlag für mehr als 90 Prozent der Steuerzahler. Weitere 6,5 Prozent sollen ihn dann nur noch teilweise zahlen - je höher das Einkommen, desto mehr. Nur die einkommenstärksten werden weiterhin voll zur Kasse gebeten. Der Soli war ursprünglich als Sondersteuer, vor allem für den Aufbau Ostdeutschlands, eingeführt worden. Er hat bisher 5,5 Prozent der Körperschaft- und Einkommensteuer betragen. Gute Nachrichten gibt es auch für Familien.

Ab 1. Januar 2021 sorgt das Familienentlastungsgesetz für eine weitere Erhöhung des Kindergeldes. Für das erste, zweite und dritte Kind zahlt der Staat nun 15 Euro pro Monat mehr. Ab dem vierten Kind beträgt das Kindergeld zukünftig 25 Euro mehr. Auch der Kinderfreibetrag steigt: Ein Elternpaar kommt so insgesamt auf eine Summe von 8.388 Euro jährlich, auf die keine Einkommensteuer fällig wird. Wer ohne Partner Kinder großzieht, steht vor be-



sonderen Herausforderungen und braucht gute Unterstützung. Deshalb hat die Unionsfraktion der dauerhaften Erhöhung des Entlastungsbe-

trags für Alleinerziehende zugestimmt. Der Entlastungsbetrag lag von 2015 bis 2019 bei 1.908 Euro im Kalenderjahr. Im Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz wurde der Entlastungsbetrag nun um das Doppelte aufgestockt.

Wer in seiner Freizeit die Gesellschaft unterstützt, soll dafür wertgeschätzt werden. Dies geschieht unter anderem über die steuerfreie Ehrenamtszuschale. Diese steigt am 1. Januar 2021 von jährlich 720 Euro auf 840 Euro. Die Übungsleiterzuschale für Trainer, Ausbilder, Betreuer usw. in gemeinnützigen Organisationen steigt von 2.400 Euro auf 3.000 Euro im Jahr. Auch die Wohnungsbauprämie steigt in diesem Jahr. Anleger werden mit einem höheren Prämienatz bei der Eigenkapitalbildung zum Erwerb von Wohneigentum unterstützt. Bausparer erhalten dann zehn Prozent Prämie auf ihre jährliche Sparleistung. Damit können Alleinstehende bis zu 700 Euro und Ehepaare bis zu 1.400 Euro pro Jahr erhalten.

100 Jahre Schwerbehindertenvertretung: Digitaler Festakt mit Prominenz und Experten

Mit einem digitalen Festakt würdigte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das 100-jährige Bestehen der Schwerbehindertenvertretung.

Gut 160 Teilnehmer waren mit dabei, darunter Schwerbehindertenvertretungen aus Unternehmen und Behörden, Fachverbänden, Integrationsämtern und andere Experten. „Gerade im Zuge des Wandels in der Arbeitswelt kommt der Schwerbehindertenvertretung eine wichtige Rolle zu“, hob Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus zur Begrüßung hervor. Angesichts der Herausforderungen durch Digitalisierung und mobilem Arbeiten müsse diese wichtige Stimme der Betroffenen hörbar bleiben. Die Weimarer Republik habe sich mit der Einführung der Schwerbehindertenvertretung als modernes Staatswesen erwiesen, das auch die Interessen der Schwächeren im Blick behält, betonte Brinkhaus. Während damals die Kriegsversehrten im Mittelpunkt der Bemühungen standen, gehe es heute darum, allen Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen zur Seite zu stehen. Außerdem darf nicht vergessen werden, dass es eine steigende Zahl von Betroffenen gebe, die im Laufe ihres Berufslebens schwerbehindert werden.

Die Schwerbehindertenvertretungen sind ein ganz wichtiger Baustein in unserer heutigen Arbeitswelt und ein entscheidender Faktor auf dem Weg zu einer inklusiven Arbeitswelt.

Als Behindertenbeauftragter der Unionsfraktion hat unser Bundestagsabgeordneter Wilfried Oellers zu Beginn der Veranstaltung an das Bundesteilhabegesetz erinnert, das wir in der vorangegangenen Legislaturperiode verabschiedet haben und an die Reformen im Schwerbehindertenrecht, mit der wir einige Verbesserungen für die Schwerbehindertenvertretungen geregelt haben. So war es z.B. ein richtiger Schritt, dass nun auch schon in Betrieben ab 100 Mitarbeitern Vertrauenspersonen für Schwerbehinderte freigestellt werden können - und nicht erst ab 200 Mitarbeitern. Auch gibt es jetzt erweiterte Vertretungsregelungen und einen Schulungsanspruch für stellvertretende Mitglieder.

Die Teilnehmer betonten, dass es noch immer ein weiter Weg sei, der beschritten werden müsse. So bleibe es in kleineren Behörden und Betrieben ein Spagat der SBVen zwischen fachlichen Aufgaben und Ehrenamt. Die Kollegen müssten neben ihrer eigentlichen Arbeit in allen Dingen Experten sein. Eine bessere Vernetzung der SBVen untereinander könne hier Abhilfe schaffen.

Den Festvortrag zum Jubiläum hielt der Präsident des Bundessozialgerichts Prof. Dr. Rainer Schlegel. Der renommierte Jurist ging ebenfalls auf die Verdienste der Weimarer Republik ein, in der es in relativ kurzer Zeit gelungen sei, viele Kriegsversehrte - auch dank der modernen Gesetzgebung - ins Arbeitsleben zu integrieren. Auch Schlegel betonte, dass dieses Engagement für Schwerbehinderte von enormer Bedeutung sei, da die Berufstätigkeit nicht nur der eigenen Existenzsicherung diene, sondern auch sinnstiftend sei. In der nachfolgenden Diskussionsrunde, an der neben dem Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Jürgen Dusel, auch die Schwerbehindertenvertretungen der Daimler AG und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft teilnahmen, ging es vor allem um die Umsetzung der mit dem BTHG geschaffenen neuen Rechte der Schwerbehindertenvertretung. Thema war auch die Rolle der Schwerbehindertenvertretung in der digitalen Arbeitswelt, zum Beispiel mit Blick auf die Durchführung des betrieblichen Eingliederungsmanagements. Es wurde aber auch ein Blick über die nationalen Grenzen geworfen, mit der Vision eines europäischen Schwerbehindertenrechts und eines europäischen Behindertenbeauftragten.

Bund fördert digitales Ehrenamt beim DRK

Das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung unterstützt die Initiative „Digitalisierung in Zeiten von Corona“ des Deutschen Roten Kreuzes im Kreisverband Heinsberg im Rahmen des Sonderprogramms „Ehrenamt stärken. Versorgung sichern.“ mit 6.330 Euro.

Während des Besuchs von unserem Bundestagsabgeordneten Wilfried Oellers beim DRK erklärte der Kreisgeschäftsführer Lothar Terodde, dass mit der Corona-Pandemie so viele hauptamtliche Mitarbeiter wie möglich ins Homeoffice mussten, um unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen arbeitsfähig zu bleiben.

Auch ehrenamtliche Mitarbeiter konnten nicht mehr wie gewohnt in den DRK-Außenstellen arbeiten. Ein Umdenken, hin zur Einbindung digitaler Konzepte im Arbeitsalltag, musste her. Die 6.330 Euro werden für die Anschaffung von Tablets, Headsets und der notwendigen Softwarelizenzen verwendet.

Auch der Umgang mit älteren, einsamen Menschen, die Herstellung von Kommunikation und Kontakt, bedurfte einer Neuausrichtung. Denn durch die Corona-Schutzmaßnahmen können Besuche von Freunden, Angehörigen und auch den Ehrenamtlern des DRK nicht mehr wie gewohnt stattfinden. Das DRK ließ sich aber

nicht abschrecken, sondern sah es als Herausforderung an, neue Wege für eine stärkere soziale Teilhabe zu finden und soziales Leben in anderer Form erlebbar zu machen. Eine neue, moderne Ausstattung hilft, ältere Personen in neue Kommunikationsformen einzubinden, und damit der Vereinsamung vorzubeugen. Der Begriff „Nähe“ bekommt somit eine neue Komponente und zwar die digitale. „Ich finde diesen Ansatz sehr innovativ und spannend. Den betroffenen Menschen wird eine Perspektive geboten, auf neuen Wegen mit ihrem gewohnten Umfeld zu kommunizieren und Kontakte zu pflegen und zu knüpfen“, so Wilfried Oellers.

Freude bei Spendern und Beschenkten



Stephanie Jabusch Pergens und Gerda Tholen Mingers im Kindergarten Villa Kunterbunt....



Sandra Nobis und Simone Kontenak im Kindergarten St. Urbanus.....



Annika Mertens und Sebastian Mühlenberg im Via Nobis-Kinderreich.....

Die Spendenschecks der Gangelter CDU-Kalenderaktion „Schönes trotz Corona“ wurden kürzlich an die Kindergärten überreicht!

„Nach der mit Spannung erwarteten Übergabe der Spende blickten wir in dankbare Gesichter“, bestätigten die CDU-Vertreterinnen Dagmar Ohlenforst, Sandra Nobis und Stephanie Jabusch-Pergens. Jeder Kindergarten hat einen Spendenscheck in Höhe von 300 Euro erhalten. Verwendet wird das Geld

zum Beispiel zum Anlegen einer Kräuterschnecke, bei der Anschaffung von Porzellan oder für das Packen von Lebensmittel-Weihnachtskisten für bedürftige Familien von Kindergartenkindern.

„Wir waren überwältigt von der Resonanz und haben uns sehr gefreut, möglichst vielen Kindern eine Freude zu bereiten. Danke möchten wir auch den zahlreichen Käufern und Unterstützern unserer Aktion sagen!“, so die Gangelter CDU-Frauen. Leider hatte ein Gangelter Kindergarten die Spende abgelehnt,

sodass sein Anteil, mit Unterstützung der örtlichen CDU-Vertreterin, dem christlichen Kindergarten „Meragel“ in Frelenberg zugute kam.

Die Gangelterinnen verwiesen darauf, dass weitere Aktionen geplant seien, da in den aktuell verunsichernden Zeiten Hoffnung, Freude und Solidarität die einzigen probaten Mittel seien! Für das Jahr 2021 wünscht die CDU Gangelter allen Lesern von Union HS viel Erfolg, Tatkraft, Glück und im besonderen Gesundheit!



Claudia Vergoßen und Dagmar Ohlenforst im Kindergarten St. Nikolaus.....



Sarah Zillgens und Stephanie Jabusch-Pergens in der Kindertagesstätte Lindenbaum.....



und Sandra Nobis, Dagmar Ohlenforst, Andrea Schmitz-Pauli, Monika Echsler und Monika Lux im Kindergarten Meragel.

UNION HS

TERMINE 2021

KREIS

SEN:

SEN-Kreisvorstand

Dienstag, 09.02.2021, 16.00 Uhr,
Heinrich-Köppler-Haus

SEN-STV Erkelenz mit Neuwahl des Vorstandes

Dienstag, 23.02.2021, 16.00 Uhr,
Café Kö. Mitglieder erhalten Einzeleinladung

CDU-Kreisverband Heinsberg

Samstag, 13.02.2021 von 10.00 bis 11.00 Uhr,

Virtuelle Kaffeerunde mit Dr. Hanno Kehren

Thema: Corona-Impfstoffe - soll ich mich impfen lassen?

Anmeldung erbeten bei Monika Schmitz 02452/919910

Am 12.02.2021 erhalten Sie die Einwahldaten

AK: Vorschau: Arbeitskreis Reise:

03. – 08.06.2021, Val de Loire,
Auskunft erteilt Rosemarie Gielen

0 24 54 - 14 36

Alle Präsenztermine unter Vorbehalt der aktuellen Situation